

André Hahn:  
 Der Runde Tisch. Das Volk und  
 die Macht – politische Kultur im  
 letzten Jahr der DDR. Mit einem  
 Vorwort von Gregor Gysi,  
 Verlag am Park Berlin 1998,  
 287 S. (14,80 DM)

André Hahn präsentiert in seiner sehr gründlichen Arbeit die wichtigsten Fakten und Hintergründe über die Arbeit des Runden Tisches, teilweise aufgrund eigener Mitwirkung. Er zeigt zunächst, daß für die Ende der achtziger Jahre entstandenen Runden Tische – nicht nur in der DDR! – im wesentlichen fünf auslösende Momente charakteristisch waren: die (erzwungene) Aufgabe des Machtmonopols der kommunistischen Partei; die Bereitschaft zur Einführung eines wirklichen Parteienpluralismus; die Entstehung eines gewissen Machtvakuum (neues Parteienspektrum; aber altes, nicht mehr repräsentatives »Parlament«); die Notwendigkeit der Durchführung freier Wahlen; eine Verfassungskrise infolge der gesellschaftlichen Entwicklung.

Die Konstituierung Runder Tische im Dezember 1989 und danach hatte trotz der geringen Erfahrungen der Bürger im Umgang mit derartigen Formen der Demokratie gute Erfolgchancen. Der Machtapparat der SED war durch den Druck der Bürgerbewegungen und des demoralisierenden Auswanderungsprozesses zu geschwächt, um sich tiefgreifenden Veränderungen im Lande zu widersetzen.

Andererseits verfügten SED und Blockparteien noch über ausreichend Macht, um als Verhandlungspartner respektiert zu werden. Die Mehrzahl der Oppositionsgruppen hatte sich erst im September/Oktober formell konstituiert. Außerdem war unter den zum Teil neuen Funktionären der SED jetzt eine qualifizierte Minderheit bereit, das Gespräch mit der Opposition zu suchen.

Teilt man die damals in der DDR existierenden politischen Subkulturen nach den zwei Kriterien ihres Verhältnisses zum Sozialismus allgemein und zur konkreten politischen Administration ein, so ergibt sich, daß am Zentralen Runden Tisch jene Kräfte dominierend waren, die den real existierenden Sozialismus

ablehnten und gleichzeitig eine soziale, wirtschaftliche und ökologische Alternative auch zum bestehenden Kapitalismus anstrebten. Das war die absolute Mehrheit der Vertreter der Bürgerbewegungen.

Zu Beginn der Sitzungen des Zentralen Runden Tisches waren jene politischen Subkulturen schwach präsent, die grundsätzlich jedes Sozialismusmodell ablehnten und die Position einer Restauration privatwirtschaftlicher Gesellschaftsstrukturen befürworteten. Für die spätere Entwicklung von großer Bedeutung war allerdings, daß eine große Gruppe von Menschen am Zentralen Runden Tisch nicht agierte, und zwar die der weitgehend unpolitischen, aber das System überwiegend ablehnenden Bürger. Diese akzeptierten zunächst den Runden Tisch und stimmten mit seinen Forderungen nach Beseitigung der repressiven Strukturen und öffentlicher Kontrolle der legislativen und exekutiven Tätigkeit überein. Mit der Zeit entwickelte sich aber ein Widerspruch zwischen der erhofften Verbesserung der Lebenslage durch die schnelle Vereinigung der beiden deutschen Staaten seitens dieser nicht vertretenen Gruppierung und der – zumindest mittelfristig – angestrebten Aufrechterhaltung der DDR-Eigenständigkeit durch den Runden Tisch. Die mehrheitsbeschaffende Wirkung dieser Bevölkerungsgruppe löste den Konflikt zuungunsten der Initiatoren des Runden Tisches.

Grundsätzlich ist zwischen vier Typen von Runden Tischen in der DDR zu unterscheiden: Zentraler Runder Tisch; regionale Runde Tische; lokale Runde Tische, und thematische Runde Tische. An den Sitzungen des Zentralen Runden Tisches nahmen insgesamt 193 Vertreter von Parteien und politischen Bewegungen wenigstens einmal mit Sitz und Stimme teil. Generell sehr hoch war der Bildungs- und Qualifizierungsgrad der Mitglieder des Zentralen Runden Tisches. 64 von ihnen, das entspricht mehr als einem Drittel, hatten promoviert, zehn besaßen eine Professur. Hinsichtlich des Wohnortes der Teilnehmer bestätigten sich die mehrfach geäußerten Vermutungen einer Berlin-Dominanz: Von den 177 Mitgliedern des Zentralen Runden Tisches, deren Wohnort zu ermitteln war, kamen immerhin 71,2 Prozent aus der ehemaligen DDR- und jetzigen Bundeshauptstadt.

Zur kirchlichen Einflußnahme auf den Zentralen Runden Tisch stellt der Autor fest, daß in der von ihm speziell untersuchten Gruppe (n = 153) ein Anteil von 6,5 Prozent, das heißt von zehn kirchlichen Teilnehmern auszumachen war, also weitaus weniger, als allgemein – auch von dem Verfasser der bekanntesten Monographie, Thaysen – angenommen wurde. Allerdings betrug die Zahl derer, die vor dem Herbst 1989 in kirchlichen Gruppen oder Arbeitskreisen tätig waren beziehungsweise eine theologische Ausbildung erhalten hatten, 48 Personen = 31,4 Prozent. Nicht die Gemeinsamkeit der Weltanschauung, sondern die Einigkeit im Konflikt mit der Staatsmacht ließ Menschen unter dem Schutz der Kirche, die quasi eine Herbergfunktion übernahm, zusammenkommen. Diese Fakten und auch die angeführten Zahlen bestärken den Verfasser in seiner Ansicht, daß die Rolle der Kirchen im Prozeß des Umbruchs, vor allem ihre inhaltliche Einflußnahme auf das Geschehen, im allgemeinen überschätzt wird.

Im Gegensatz zu Thaysen, der von nicht weniger als neun Phasen der Arbeit des Zentralen Runden Tisches ausgeht, vertritt der Autor eine überschaubare Phaseneinteilung:

1. der innere Ausbau (7. bis 22. Dezember 1989); 2. die Zusammenarbeit mit der Regierung Modrow (27. Dezember 1989 bis 28. Januar 1990); 3. programmatische Arbeit und Wahlkampf (29. Januar bis 12. März 1990).

Der Runde Tisch verstand sich zu keinem Zeitpunkt als bloßes Veto-Organ, sondern vielmehr als Kontroll-, Konsultativ- und Initiativgremium, das gemeinsam mit der Regierung einen Beitrag zur Überwindung der Krise im Lande leisten wollte. Daß der Runde Tisch allerdings ein Machtorgan war, da er sowohl Öffentlichkeit als auch eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung und durch die Beteiligung der Oppositionsgruppen eine gewisse »moralische Legitimation« besaß, steht für den Autor außer Zweifel.

Das wichtigste Ergebnis der Hahnschen Arbeit besteht darin, daß sie ausführlich die weitgehend in Vergessenheit geratenen inhaltlichen Ergebnisse der Tätigkeit des Zentralen Runden Tisches referiert und bewertet. Es wird die Mär ausgeräumt, es habe der Runde Tisch sich im wesentlichen nur mit der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit

und der Niederrichtung der SED-Alleinherrschaft befaßt. Der Runde Tisch vertrat bis in die Endphase seiner Arbeit hinein objektiv vorhandene Interessen der Mehrheit der DDR-Bürger, so beispielsweise in der Frage des Eigentums an Grund und Boden, im gesamten Bereich der sozialen Sicherung und der Sicherung der Arbeitsplätze oder des § 218 StGB. Das eigentliche demokratische Vermächtnis des Runden Tisches aber ist der Entwurf für eine Verfassung der DDR. Der Grundaufbau dieses Entwurfes lehnt sich deutlich an das Grundgesetz an, allerdings sind neue Schwerpunktsetzungen augenfällig:

Machen die Grundrechte im Grundgesetz lediglich 18 Artikel (das sind etwas mehr als 12 Prozent) des Gesamtumfangs aus, finden sich im Verfassungsentwurf des Runden Tisches 40 Artikel zu diesem Gegenstand (beispielsweise insgesamt 136 Artikeln). Neben der Tatsache, daß zahlreiche (Grundrechts-)Regelungen des Runden-Tisch-Entwurfes detaillierter und konkreter als im Grundgesetz gefaßt sind, finden sich hier auch weitergehende Positionen gegenüber bisherigen bundesrepublikanischen (vor allem sogenannte soziale Grundrechte).

Der Autor geht auch auf die Behauptung ein, daß der Runde Tisch keine demokratische Legitimation besessen habe. Tatsächlich gibt es eine Reihe von Faktoren, die mit dem üblichen Verständnis von demokratischer Legitimation nur bedingt zusammenpassen. Die Runden Tische sind nicht aus Wahlen hervorgegangen. Über ihre Zusammensetzung entschieden nach dem ersten Zusammentreffen die dort versammelten Gruppenvertreter. Der Runde Tisch bezog seine Legitimation aus dem Widerstand maßgeblicher Oppositionsgruppen gegen die alte Regierung.

Aber der Vorsatz, außerparlamentarische Opposition zu bleiben, konnte nicht durchgehalten werden. Unter dem Druck der politischen und wirtschaftlichen Krise beteiligten sich Repräsentanten des Zentralen Runden Tisches aus den Reihen der Oppositionsparteien und -bewegungen ab Ende Januar 1990 an der sogenannten Regierung der nationalen Verantwortung unter Ministerpräsident Modrow.

Der Zentrale Runde Tisch übte verschiedene Funktionen bei der Gestaltung neuer, demokratischer Verhältnisse aus. Er trug dazu bei, den alten Repressionsapparat aufzulösen,

die Öffentlichkeit politischer Prozesse herzustellen, er war Kommunikationszentrum, Kontrollinstanz, beförderte die Gesetzgebung, sicherte die Vorbereitung der Wahlen, er sandte Vertreter in die Regierung, übernahm Planungsaufgaben und stellte das Dach dar, unter dem sich ein wesentlicher Teil der Parteienformierung vollzog.

Von langfristiger Bedeutung wird der Beweis sein, den der Runde Tisch geliefert hat: daß aktive Menschen und autonome politische Gruppen der »Bürgerbewegungen« der DDR in der Lage waren, Grundlagen einer politischen und wirtschaftlichen Neuordnung in der DDR zu schaffen: Er beförderte nicht nur die Neugestaltung, sondern beeinflusste auch das Ausscheiden von alten Politikern.

Bis 1993 erlangten von den 193 Teilnehmern des Zentralen Runden Tisches 45 ein Abgeordnetenmandat auf DDR-, Landes- oder Bundesebene, zusätzlich zwei im kommunalen Bereich. 15 ehemalige Mitglieder wurden in den Deutschen Bundestag gewählt, 18 kamen in Parlamente auf Landesebene. Nicht weniger als 54 Mitglieder wurden in der Folgezeit in die obersten Vorstände oder Sprecherräte der jeweiligen Parteien oder Gruppierungen gewählt.

Vom Runden Tisch wird in Deutschland auch die Erinnerung und vielleicht die Tradition bleiben, daß bei zugespitzter politischer oder sozialer Konfrontation der friedliche Weg möglich ist, daß der Kompromiß mehr wiegt als das Beharren auf der eigenen Position, Dialog wichtiger ist als Abgrenzung, daß Toleranz und Akzeptanz Selbständigkeit nicht untergraben und Ergebnisorientiertheit auch im Streit möglich ist.

Nicht zuletzt bleibt von den Runden Tischen ihr geistiges Arbeitsresultat, das sich einen hohen Grad an Aktualität über den Zeitpunkt der Selbstauflösung hinaus bewahrt hat: Der Verfassungsentwurf enthält ebenso wie die Sozialcharta – um nur zwei Resultate zu nennen – substantielle Vorlagen zur konstruktiven politischen Auseinandersetzung im vereinten Deutschland.

Der Runde Tisch dokumentiert nach Hahn die Chancen direkter Demokratie in einer Gesellschaft mündiger Bürger gerade deshalb so einprägsam, weil er auch ihre Grenzen erkannte und sich von Beginn an in den Dienst

einer Parlamentarischen Demokratie stellte: »Fachkompetente Runde Tische mit Interessengruppen, Parteien, Verbänden, aber auch interessierten Einzelpersonlichkeiten, deren Einberufung z.B. von der Vorlage einer bestimmten Anzahl von Unterschriften von Bürgern der entsprechenden Ebene abhängig gemacht werden kann, sind eine Möglichkeit, die Schwächen des Parlamentarismus partiell auszugleichen und könnten, wenn ihnen im Gegensatz zu den unverbindlichen Empfehlungen, die sich aus parlamentarischen Anhörungen ergeben, bestimmte Einspruchs-, Antrags- und gegebenenfalls (z.B. mit 2/3- oder 3/4-Mehrheit) auch Veto-Rechte zugebilligt werden, durchaus eine Bereicherung der Demokratie darstellen.«

Angesichts einer derart umfassenden, alle wichtigen Aussagen mit Quellen belegenden, die Details der praktisch-politischen Vorschläge darstellenden Arbeit muß man die Studie Hahns als ein Standardwerk über den (Zentralen) Runden Tisch bezeichnen.

FRITZ VILMAR

**Fritz Reheis:**  
**Die Kreativität der Langsamkeit.**  
**Neuer Wohlstand durch**  
**Entschleunigung,**  
**Primus Verlag Darmstadt 1998,**  
**281 S. (32 DM)**

Kulturkritik mit optimistischem Ausblick besitzt Seltenheitswert. Reheis schließt seine Aufforderung zur Investition in Langsamkeit mit solcher Zuversicht: Die Chancen, neuen Wohlstand durch Entschleunigung zu gewinnen, sind gut; denn niemand kann mehr auf einer Insel der Seligen überwintern, vielmehr geht es auf der Suche nach einer vernünftigen Gesellschaftsordnung um das Überleben der Gattung und insofern um eine Solidarität, die soziale Schichten und Länder übergreift. Nach dem Kollaps des östlichen Systems kann ferner alle Kraft in die Veränderung des übriggebliebenen Systems gesteckt werden, sofern sich der Westen nicht ein neues Feindbild, den Islam etwa, einreden läßt. Schließlich sind die Mittel für eine solche Umprogrammierung vorhanden, im Prinzip jedenfalls.

Weil nach der Lektüre der 1. Auflage nach praktischen Umsetzungen gefragt wurde, hat der Autor in der 2. Auflage seines erfolgreichen Werkes zwei Hinweise eingefügt. »Zeithygiene« bedeutet Sensibilität für das, »was uns guttut« (S. 213). Quantität nicht mit Qualität verwechseln! »Zeitpolitik« dient als »Bindeglied zwischen der herrschenden kapitalistischen und einer zukünftigen nichtkapitalistischen Form des Wirtschaftens« (S. 225). Es müssen »Eigenzeiten« wiederentdeckt und respektiert werden für den Wechsel zwischen Aktion und Reflexion.

Zuvor hat Reheis den Zustand der Gesellschaft ausführlich diagnostiziert und drei Symptome als Alarmsignale für das Gemeinwesen festgestellt: durch Streß kranke Menschen, zerfallende Gesellschaftsformen mit wachsender Brutalität schon im Kindergarten und die versiegenden Ressourcen der Natur.

Wie sollte nun verlangsamt oder entschleunigt werden? Die Zeit als Teil des Produktionsprozesses gehört zum Zeitmuster einer toten Welt, in der Sachzwänge das wirkliche Leben auslöschen. Sich Zeit zu nehmen, auch als Geschenk zu genießen, stellt die Voraussetzung dafür dar, Veränderungen nicht bloß zu begreifen, sondern auch einfach auszulassen. Insofern lautet eine Antwort von Reheis auf die 11. Feuerbach-These von Marx: »Wir verändern heute viel zuviel, so daß wir mit der Interpretation nicht mehr hinterherkommen« (H. Schnädelbach, hier S. 113).

JENS LANGER

**Christian Girschner:**  
**Politische Ökonomie und Weltmarkt.**  
**Allgemeine Weltmarktdynamik**  
**in der Marxschen Kritik der**  
**politischen Ökonomie,**  
**Hochschulschriften 25,**  
**PapyRossa Verlag Köln 1999,**  
**437 S. (48,00 DM)**

Spätestens seit jenem inzwischen berühmten Traktat von John Maynard Keynes, das bekanntlich »Vom Gelde« handelt, ist aus der ernst zu nehmenden ökonomischen Theorie die Fiktion gewichen, daß es beim Geld um ein harmloses Ding geht, das lediglich die

Zirkulation der Waren erleichtert und von dem daher problemlos abstrahiert werden könne. Das unbestreitbare Verdienst von Christian Girschner besteht darin, in seinem vorliegenden Buch anhand einer akribischen Analyse vor allem der »Grundrisse« zu rekonstruieren, wie Marx vom zufälligen Austausch über die einfache Zirkulation entwickelt, daß der Übergang zur entfaltenen kapitalistischen Warenzirkulation nicht ohne die vorgängige Verwandlung von Geld in Kapital – in Zahlungsmittel (Kreditgeld) und Schatz (allgemeiner Repräsentant des Reichtums) – vollzogen werden konnte. Girschner zeigt (allerdings ohne die einschlägigen Arbeiten der sogenannten Berliner monetärkeynesianischen Schule um Hajo Riese zu würdigen), daß kapitalistische Marktwirtschaften nur als Geldwirtschaften existieren können.

Dabei legt der Autor einen solchen Eifer bei der Dokumentation von Belegstellen aus den Marxschen Schriften an den Tag, daß die relevanten Textpassagen von Karl Marx insgesamt – nur durch wiederholende Erklärungen unterbrochen – wohl vollständig zum Abdruck kommen. Die Lieblingsstelle des Autors wird sogar dreimal wörtlich zitiert (S. 51, 69 und 106). Durch die beständige Repetition des bereits erklärten gerät die gesamte Abhandlung allerdings langweilig, wirkt umständlich und ist voller Redundanz.

Auch überzeugen die Weiterungen des Konzepts zu einer Theorie des kapitalistischen Weltmarkts kaum, weil die Komplexität des kapitalistischen Weltmarktzusammenhangs nicht auf die Entfaltung des Tauscherts reduziert werden kann. Unter diesem Aspekt bleibt insbesondere die Kritik des Außenhandelstheorems von David Ricardo weit hinter dem zurück, was an anderer Stelle bereits geleistet wurde (vgl. dazu vor allem Hans-Peter Krüger: Werte und Weltmarkt, Berlin (DDR) 1984 – Girschner führt den Titel zwar im Literaturverzeichnis auf, tatsächlich zur Kenntnis genommen hat er ihn offensichtlich aber nicht).

ARNDT HOPFMANN